

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 94.

Freitag, den 25. November

1887.

Bekanntmachung.

Mit Schluß dieses Jahres haben aus dem hiesigen Stadtgemeinderathe die Stadtverordneten Herr Restaurateur **Carl Hermann Reiche**, Herr Stadtgutsbesitzer **Carl Gottl. Herrmann**

und Herr Stellmachermeister **Carl Julius Galle** auszuscheiden und ist deshalb eine Ergänzungswahl zu veranstalten. Zu wählen sind

drei angeessene Stadtverordnete,
ein angeessener Stadtverordneter-Ersatzmann

und **zwei unangeessene** Stadtverordneter-Ersatzmänner.

Als Wahltag ist

Dienstag, der 6. Dezember dieses Jahres,

bestimmt. Unter Hinweis auf die Bestimmungen in den §§ 45, 46, 53 und 54 der Städteordnung vom 24. April 1873 und mit Bezugnahme auf die im hiesigen Rathhause aushängende Wahlliste werden daher sämtliche stimmberechtigten Bürger hiesiger Stadt aufgefordert, an dem gedachten Wahltag in der Zeit von **Mittags 9 bis Mittags 1 Uhr** auf dem hiesigen Rathhause im Sessionszimmer vor dem Wahlausschusse bei Verlust des Wahlrechts für gegenwärtigen Fall **persönlich** ihre Stimmzettel, auf welche vier ansässige und zwei unansässige wählbare Bürger so zu verzeichnen sind, daß über deren Person kein Zweifel übrig bleibt, abzugeben.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß bei dem Stadtgemeinderathe die Herren Stadtverordneten Seilermeister und Handelsmann **Adolf Eduard Major**, Stockfabrikant **Carl Gustav Fischer**, Amtsgerichtscontroleur **Franz Louis Busch**, Amtszimmermeister **Carl Friedrich Parhsch**, Oekonom und Rentier **Johann Gottlieb Starke** sowie Amtsrichter **Dr. jur. Carl Albin Sanghoff** verbleiben und daher gleich den Herren Stadträthen und städtischen Beamten nicht gewählt werden können, die am Eingange dieser Bekanntmachung gedachten auscheidenden Herren Stadtverordneten jedoch wieder wählbar sind.

Stimmzettel werden ausgegeben.
Wilsdruff, am 24. November 1887.

Der Bürgermeister:
Fischer.

Der Zar in Berlin.

Wie nach der „Nat. Ztg.“ verlautet, war die Aussprache, welche zwischen dem Zaren und dem Fürsten Bismarck stattfand, eine durchaus freundschaftliche, aber sehr eingehende. Nachdem der Zar dem Fürsten Bismarck durch seinen Generaladjutanten Tscherewin um 12 Uhr hatte mittheilen lassen, daß er ihn zu empfangen wünsche, war Fürst Bismarck bei dem Zaren um 3 1/2 Uhr erschienen und dauerte die Unterredung genau fünf Viertelstunden.

Wie es heißt, hätte der Zar an der deutschen Politik namentlich in der bulgarischen Frage ausgeführt, daß sie gegen Rußland gerichtet sei, wie dies aus der Korrespondenz sich ergebe, die bei dem russischen auswärtigen Amt aufgelaufen sei. Fürst Bismarck soll dagegen betont haben, daß Deutschland Bulgarien stets als in der russischen Interessenzone liegend betrachtet habe, und auch so verfahren sei, wo nicht strikte deutsche Interessen im Spiele waren. Fürst Bismarck soll den Wunsch ausgedrückt haben, die Korrespondenz zu sehen, welche andere geartete Behauptungen aufstellt.

Darauf habe dann Fürst Bismarck eingehend die Beschwerden vorgebracht, die man deutscherseits Rußland gegenüber bilden zu können glaubt. Der Zar habe diesem Vortrag ein aufmerksames Ohr geliehen und in Aussicht gestellt, daß er in Petersburg sich über die betreffenden Verhältnisse näher informiren und danach seine Entschlüsse fassen werde.

Unter diesen Vorgängen, fügt das obengenannte Blatt den ihr zugehörigen Mittheilungen hinzu, ist der Besuch des Zaren keine politische Bedeutung gehabt habe, nicht mehr haltbar, wobei freilich die Frage unentschieden geblieben ist, ob der Besuch politische Folgen haben wird. Es hätte, wenn ein unpolitischer Charakter der Reise festgehalten werden sollte, sehr nahe gelegen, mit Hinweis darauf, daß der Zar seit drei Monaten außerhalb des Mittelpunktes der Geschäfte lebte, eine politische Zusammenkunft mit dem Reichskanzler zu unterlassen; auf der anderen Seite hätte das Fernbleiben des Herrn v. Siers zur Konsequenz, daß die Fassung von Entschlüssen unter allen Umständen vertagt blieb. Nicht ohne Spannung kann man den nächsten Schritten der russischen Politik ohne Spannung kann man den nächsten Schritten der russischen Politik entgegensehen; welche Aussichten auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland existiren, dafür fehlt es an jedem Anhalt. Maßgebend wird immer sein, welche Macht der Zar und die gemäßigten Elemente überhaupt in Rußland gegenüber den zu extremen Entschlüssen hinneigenden Persönlichkeiten und Parteien besitzen. Unter allen Umständen wird die zunächst ganz aussichtslose Lage der französischen Regierungskrise einer abwartenden Politik zu Gute kommen.

Tagesgeschichte.

Wenn, wie zu erwarten ist, in der Thronrede bei der Eröffnung des deutschen Reichstages des schweren Schlags gedacht werden wird, der nicht das königliche Haus in Preußen allein, sondern die gesammte deutsche Nation in Folge der besorgniserregenden Krankheit unseres Kronprinzen getroffen hat, so darf mit Sicherheit angenommen werden, daß auch der Reichstag die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wird, um gleich in den ersten Tagen dem greisen Kaiser von den Gefühlen innigsten Beileids,

von welchen das deutsche Volk erfüllt ist in geeigneter Weise Ausdruck zu geben. Ob das in Form einer an den Kaiser gerichteten Adresse geschehen soll oder ob man es vorzieht, den Vorstand des Reichstages zu ermächtigen, dem Kaiser mündlich der Theilnahme des Reichstages und der Nation an seinem Herzeleid zu versichern, das wird wenig verhängen. Es genügt, wenn in irgend einer Form festgestellt wird, daß in guten wie in bösen Tagen das deutsche Volk mit dem deutschen Kaiserhause sich Eins weiß.

Der Bundesrath hat die Einzelrats des Reichshaushalts zu Ende beraten, so daß der Gesammtetat dem Reichstage sofort in seiner ersten ordentlichen Sitzung vorgelegt werden können. Was die letzte Sitzung des Staatsministeriums betrifft, so hat es sich vorzugsweise um die Feststellung der Rede gehandelt, mit welcher der Reichstag eröffnet werden wird. Wie man erzählt, soll der Kaiser sein schmerzliches Bedauern darüber geäußert haben, daß er bei seinem noch sehr angegriffenen Gesundheitszustande, der noch großer Schonung bedarf, nicht im Stande, selber zum Reichstage zu sprechen, was ihm, abgesehen von anderen naheliegenden Gründen, schon deshalb am Herzen gelegen, weil es sich in der bevorstehenden Session des Reichstages mit der Berathung des Gesetzentwurfs über die Alters- und Invalidenversorgung um die Krönung des dem Arbeiterwohl errichteten Gebäudes handelt, welches der Kaiser mit Recht als sein Werk betrachtet. Schon der Hinweis auf diese wichtige Vorlage wird die Eröffnungsrede, welche der Staatssekretär v. Voettcher verlesen soll, über das Niveau einer bloßen trockenen Geschäftsrede erheben, welche sonst üblich ist, wenn es sich nicht um eine eigentliche Thronrede handelt.

Der Großherzog von Baden sagt in seiner Thronrede bei der Eröffnung des badischen Landtages Folgendes: „In sorgenvoller Zeit ist ein theures Leben, worauf Se. Maj. der Kaiser und das Reich ihren Stolz und ihre schönsten Hoffnungen gebaut haben, von einem schweren Leiden bedroht. Durch innige Bande des Blutes, der Liebe und der Freundschaft ihm zugehan, ist mein Haus durch diese Heimlichung in tiefe Betrübnis veretzt. Mit uns theilt mein theures Volk, theilen alle deutschen Herzen bange Sorgen. Ich weiß, daß auch Sie von diesem Mitgefühl ganz durchdrungen sind. Vertrauen wir auf Gottes Gnade, die oft schon durch Kreuz zum Licht geführt hat.“

Dem Beispiele des Wiener Professors Dr. Schrötter folgend, der es für angebracht hält, über das Ergebnis der Gesamtberathungen in San Remo Einzelangaben über das Leiden des deutschen Kronprinzen nicht zu veröffentlichen, weil dergleichen Angaben geeignet sein möchten, den hohen Patienten zu beunruhigen, werden, wie es den Anschein hat und wie es zugleich mehrfach laut gewordenen Wünschen entspricht, die zu Rathe gezogenen Aerzte Berlins in ihren öffentlichen Kundgebungen die äußerste Zurückhaltung sich ebenfalls zur Pflicht machen. Seitdem zur Genüge festgestellt ist, welchen Charakter die Krankheit leider trägt, wird um so weniger jedes Detail mitzutheilen sein, als Jedermann überzeugt sein darf und sein wird, daß die Behandlung des Kronprinzen die denkbar beste und sorglichste ist. Was jetzt in San Remo geschieht, erfahren wir Alle auf das Zuverlässigste von kundiger Seite, und es muß, nachdem die bisherigen ärztlichen Aeußerungen alles Hauptsächliche klargelegt haben, bis auf Weiteres genügen, daß der allgemeinen Theilnahme weiterhin durch